

Dr. Angelika Zahrnt  
Vorsitzende

Herrn Bundesminister  
Jürgen Trittin  
Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Alexanderplatz 6

Fon: 0 30/2 75 86-4 31  
Fax: 0 30/2 75 86-4 60  
angelika.zahrnt@bund.net

Berlin, den [REDACTED] 2002

10178 Berlin

**Johannesburg Gipfel –  
Kommentare zum Chairman´s Paper, Version 8.2., 10.45 am**

Sehr geehrter Herr Trittin,

im Anschluss an das von Ihren Ministerien einberufene Dialogforum zum Johannesburg-Gipfel am 25.2. 2002 in Bonn erlauben Sie uns noch einige schriftliche Kommentare zum Chairman´s Paper und den aus unserer Sicht kritischen Themen im Johannesburg-Prozess.

Der BUND begrüßt den umfassenden Charakter des Chairman´s Paper und die Tatsache, dass die internationale Staatengemeinschaft sich in Johannesburg mit den größten Herausforderungen unsere Zeit beschäftigen will. Insbesondere die Themen wirtschaftliche Globalisierung und die Notwendigkeit der Änderung der Produktions- und Konsummuster in den Industrieländern sind passende Themen zehn Jahre nach Rio. Die Herausforderung der wirtschaftlichen Globalisierung in ihrer heutigen Form ist neu. Die Änderung der Produktions- und Konsummuster wurde in Rio von den Industrieländern versprochen, aber nicht eingelöst, so dass sich negative soziale und ökologische Trends fortsetzen und verstärken. Beim „Umsetzungsgipfel“ in Johannesburg müssen deshalb gerade in diesem Bereich neue konkrete Initiativen gestartet werden.

Wir sind aber besorgt, dass zwar die richtigen Themen auf der Tagesordnung des Gipfels stehen, die Staatengemeinschaft aber nicht bereit ist, die richtigen Antworten auf diese Herausforderungen zu geben. So wird zwar über Globalisierung geredet, aber es fehlt das von uns erwartete Bekenntnis, dass dem Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung klare ökologische und soziale Grenzen auferlegt werden müssen. Im Bereich der Welthandelspolitik wird suggeriert, dass die in Doha vereinbarte neue Agenda für eine Liberalisierungsrunde des Welthandels bereits bedeutet, dass das gegenwärtige Welthandelsregime nachhaltige Entwicklung unterstützen und fördern kann. Diese Einschätzung teilen wir nicht. Wir können sie insbesondere deshalb nicht teilen, da es keine – von uns seit langem geforderte - grundlegende soziale und ökologische Analyse der bisherigen WTO-Politik gegeben hat. Die Analysen die z.B. von UNEP vorliegen zeigen aber, dass bisherige

Liberalisierungsschritte *auch* viele negative Umweltauswirkungen gehabt haben. Dieser Konflikt wird im Chairman's Paper ignoriert. Deswegen fehlt auch eine zentrale Forderung des BUND für den Johannesburg-Gipfel: ein eindeutiges Bekenntnis, dass Multilaterale Umweltabkommen im Konfliktfall *immer* Vorrang vor internationalen Handelsregeln haben müssen.

Der BUND hat gemeinsam mit seinem internationalen Netzwerk Friends of the Earth International (FoEI) die Frage der Unternehmensverantwortung (Englisch: corporate accountability) zu einem zentralen Thema für den Weltgipfel gemacht. Die mangelnde Regulierung transnationaler Konzerne auf globaler Ebene ist einer der Gründe, warum in den letzten zehn Jahren die Versprechen von Rio nicht eingehalten werden konnten. Der BUND und FoEI fordern deshalb eine verbindliche Konvention zu diesem Thema. Wie Sie sicherlich wissen, gab es dafür bei PrepComm II in New York sehr viel Unterstützung von einigen Regierungen der G77, von Gewerkschaften und sehr vielen NGOs aus aller Welt. Auch die Bundesregierung hat sich dankenswerter Weise dem Thema der Unternehmensverantwortung angenommen und einen Prozess zu Umweltaspekten bei Auslandsdirektinvestitionen in Gang gesetzt. Wir hoffen, dass dieser Prozess, an dem wir uns beteiligen, bis zum Johannesburg-Gipfel noch sein Ziel, eine über die OECD-Richtlinien hinausgehende konkrete Vereinbarung zu schaffen, erreicht. Schon zu Beginn dieses Prozesses haben wir aber klar gemacht, dass wir diesen in der Tat als *Prozess* sehen, hin zu einem *mehr* an Verbindlichkeit auch auf internationaler Ebene. Es ist deshalb unzureichend, dass der Chairman's Text corporate accountability zwar an mehreren Stellen erwähnt und unterstützt, aber nicht auf eine verbindliche globale Vereinbarung drängt. Wir fordern von der Bundesregierung, dass Sie sich global für eine Konvention zur corporate accountability stark macht. Dies bedeutet auch, dass die Bundesrepublik ihre EU-Partner davon überzeugen muss, dass mehr als nur freiwillige Initiativen in diesem Bereich von Nöten sind, wie es die EU noch bei PrepComm II vertrat. In Johannesburg muss der Verhandlungsprozess für eine Konvention zur corporate accountability beginnen.

Bei der Veränderung der Konsum- und Produktionsmuster fehlen bisher klare Ziele und Zeitvorgaben. Wir erwarten, dass diese bei der nächsten PrepComm in den Text integriert werden und dass die Bundesrepublik bei dieser Zielsetzung auch innerhalb der EU eine Führungsrolle übernimmt. Ein generelle Zielvorgabe zu diesem Bereich könnte sein, dass die Industrieländer zusagen, kontinuierlich den globalen Umweltraum, den sie durch ihren Konsum und ihre Produktion nutzen, verringern. Dies könnte durch konkrete Ziele, wie z.B. eine Verringerung der Klimagasemissionen um 80 % bis 2050 ergänzt werden.

Der BUND erhofft sich unter den sogenannten „Type 2 outcomes“ des Gipfels eine Anzahl konkreter progressiver Initiativen, auch und gerade auf zwischenstaatlicher Ebene. Das Feld des Ausbaus regenerativer Energien bietet sich dafür insbesondere an. Der BUND ist allerdings besorgt darüber, dass die „Type 2 outcomes“ zu weniger guten „Type 1 outcomes“ führen könnten, da es in jedem Fall positive Ergebnisse des Gipfels unter „Type 2“ zu verkaufen gibt. Wir erwarten von der Bundesrepublik deshalb insbesondere ein erhöhtes Engagement für positive „Type 1“ Ergebnisse und werden das Resultat des Gipfels an diesem Ergebnis messen.

Erlauben Sie uns abschließend noch einige konkrete Anmerkungen zu den Textpassagen:

I.2. (und anderswo) Wir sehen mit Besorgnis, dass die Phrase „sustained economic growth“ oft als allgemeine Formulierung zur Nachhaltigkeit benutzt wird. Wachstum *kann* ein Mittel für nachhaltige Politik sein. Doch sind die Ziele der Nachhaltigkeit nicht identisch mit dem Ziel ein höheres Wirtschaftswachstum zu erreichen, insbesondere da Wirtschaftswachstum in seiner heutigen Form häufig negative Auswirkungen für die Umwelt hat.

III 1.e) Wir begrüßen das Ziel corporate accountability zu stärken. Wir fordern, dass dieser Paragraph ergänzt wird und ein Verhandlungsprozess zu einer verbindlichen Konvention zu diesem Thema in Johannesburg eingeleitet wird.

III 2. Wir unterstützen die Forderung externe Kosten konsequent zu internalisieren. Auch hier erwarten wir weitere konkrete Schritte, wie eine Besteuerung von Flugbenzin oder eine andere Art von Abgabe auf den klimaschädigenden Flugverkehr.

III 3. Wir begrüßen die Festlegung auf einen Faktor 4 der Ressourceneffizienz. Allerdings muss dieses Effizienzziel um Suffizienzziele erweitert werden.

III 4. Wir unterstützen die Abschaffung ökologisch schädlicher Subventionen. Wir fordern die Bundesrepublik dazu auf, diesen Punkt zu unterstützen und in Deutschland diese Forderung auch umzusetzen.

III 5. 1) Wir halten „cleaner and more efficient fossil fuel technologies“ nicht für einen Teil der nötigen Energiewende. Wir erwarten außerdem ein ambitionierteres Ziel als 5 % des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken. Alle Industrieländer sollten darauf verpflichtet werden, bis 2010 mindestens 12 % ihres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien abzudecken. In diesem Bereich erwarten wir von der Bundesregierung ganz besonders eine Führungsrolle.

III 7. Wir begrüßen diese Initiative solange sie durch eine verbindliche Konvention zur Unternehmensverantwortung flankiert wird.

IV. 1.-5. Der Text zum Thema Wasser ist noch zu allgemein. Wir fordern von der Bundesregierung sich gegen die Privatisierung und Liberalisierung des Wassersektors einzusetzen. (Punkt VI 6. ist ebenfalls dementsprechend zu überarbeiten).

IV. 9. Wir unterstützen die Ratifizierung des Kioto-Protokolls bis zum Johannesburggipfel. Allerdings sollte der Gipfel auch ein Signal senden, dass die Industrieländer zu weiteren Schritten zur Reduktion der klimaschädigenden Gase bereit sind. Eine Festlegung auf ein Langfristziel von –80 % bis 2050 wäre eine Möglichkeit, die wir intensiv unterstützen würden.

IV. 54. Wir unterstützen die Initiativen gegen illegalen Holzhandel. Da über 50 % des Importholzes in der EU wahrscheinlich aus illegalen Einschlägen stammt, erwarten wir zu diesem Thema konkrete Initiativen. PrepComm IV auf Bali wäre der richtige Ort, um diese Initiativen vorzustellen.

V. 4. Dieser Paragraph ist für uns nicht zu akzeptieren (siehe oben) und sollte in dieser Form gestrichen werden. Statt dessen muss eine Überprüfung der ökologischen und sozialen Auswirkungen der bisherigen Freihandelspolitik eingeleitet werden.

V 5. begrüßen wir solange auch eine Konvention zur corporate accountability angestrebt wird.

V 15. Wir glauben nicht, dass public/private partnerships der beste Weg sind, corporate accountability voranzutreiben (siehe oben).

VIII Finance 2. Wir unterstützen das 0,7 % Ziel für die Entwicklungshilfe und erwarten von der Bundesregierung noch vor dem Gipfel in diesem Pubkt ein klares Signal. Der Prozentsatz von 0,7 sollte bereits 2007 nicht erst 2010 erreicht werden. Wir begrüßen auch die Aussagen zum notwendigen Schuldenerlass, der nicht auf Kosten der Entwicklungshilfe geschehen darf. Nach Ansicht von BUND und Friends of the Earth International haben die Industrieländer „ökologische Schulden“ bei den Entwicklungsländern. Diese können wir nur durch eine konsequente Änderung unseres Konsumverhaltens und unserer Produktionsmuster begleichen.

In Johannesburg steht die Zukunft der globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik auf dem Spiel. Der BUND wird deshalb gemeinsam mit Friends of the Earth International den Johannesburg-Prozess weiter intensiv begleiten. Wir erwarten konkrete Schritte und klare Ziele von Johannesburg. Wir vertrauen dabei auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angelika Zahrnt  
Vorsitzende des BUND

Daniel Mittler  
Fachreferent internationale Umweltpolitik

gleichlautendes Schreiben:  
Frau Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, BMZ

Kopie:  
Herrn Dr. Hendrik Vygen, BMU  
Herrn Stephan Contius, BMU  
Herrn Dr. Hans-Peter Schipulle, BMZ